



Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme (Einwanderung)

3 Ausschüsse

A Basisinformationen

- 2 Szenario
- 3 Ablaufplan
- 4 Gesetzentwurf
- 5 Arbeitsblatt

B Fraktionspositionen

- 6 CVP-Positionen
- 7 APD-Positionen
- 8 PSG-Positionen
- 9 ÖSP-Positionen

C1 Erste Fraktionssitzung

Funktionsbeschreibung:

- 10 CVP-Fraktionsvorsitz
- 11 Bundestagspräsident / in
- 12 Ausschussvorsitz Wirtschaft und Energie
- 13 APD-Fraktionsvorsitz
- 14 Ausschussvorsitz Innenausschuss
- 15 PSG-Fraktionsvorsitz
- 16 Ausschussvorsitz wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 17 ÖSP-Fraktionsvorsitz
- 18 Alterspräsident / in

C2 Erste Plenarsitzung

- 19 Redemanuskript Konstituierung
- 20 Redemanuskript erste Beratung

C3 Ausschussberatungen

- 21 Hilfsblatt Innenausschuss (f)
- 22 Beschlussempfehlung
- 24 Hilfsblatt Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- 25 Berichtsformular
- 26 Hilfsblatt Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 27 Berichtsformular

C4 Zweite Fraktionssitzung

- 28 CVP-Redezettel
- 29 Änderungsantrag
- 31 APD-Redezettel
- 32 Änderungsantrag
- 34 PSG-Redezettel
- 35 Änderungsantrag
- 37 ÖSP-Redezettel
- 38 Änderungsantrag

C5 Zweite Plenarsitzung

- 40 Redemanuskript

D Anhang

- 42 Positionenmatrix

Hinweise für die Vorbereitung:

- A. Die Basisinformationen, das heißt Szenario, Ablaufplan, Gesetzentwurf und Arbeitsblatt, werden allen Teilnehmenden zu Beginn der Fraktionssitzung (am besten als Bündel zusammengeheftet) zur Verfügung gestellt.**
- B. Die Fraktionspositionen werden entsprechend der Anzahl der jeweiligen Fraktionsangehörigen gebraucht. Sie werden zusammen mit je einem Rollenprofil zu Beginn (nach der Einführung) ausgeteilt.**
- C. Die Materialien für die Durchführung (C1-C5) werden insgesamt genau einmal ausgedruckt oder kopiert. Sie werden den jeweils in den Fraktionen zu bestimmenden Personen im Planspielverlauf zur Verfügung gestellt.**
- D. Die Positionenmatrix im Anhang dient ausschließlich zur Orientierung der Anleitenden und wird nicht an die Teilnehmenden ausgeteilt.**



Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die Einwanderung zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland regelt.

Die Rechtslage

Bisher existiert in Deutschland kein Gesetz, das die Rechtsvorschriften zur Einwanderung eindeutig zusammenfasst. Das bestehende Aufenthaltsgesetz beinhaltet Regelungen zur Einwanderung von EUBürgerinnen und -Bürgern, zur Arbeitsmigration aus Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, sowie zur Einreise im Rahmen eines Asylverfahrens oder des Familiennachzugs. Für die Einwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme besteht zudem eine Vielzahl von häufig nur schwer überschaubaren Aufenthaltstiteln.

Generell ist die Zuwanderung zur Arbeitsaufnahme nur möglich, wenn der Antragsteller / die Antragstellerin ein Stellenangebot vorlegen kann. Die Bundesagentur für Arbeit muss der Tätigkeit zustimmen. Dabei wird auch geprüft, ob keine bevorrechtigten Personen, z.B. eine deutsche Arbeitnehmerin / ein deutscher Arbeitnehmer, für die Stelle zur Verfügung stehen. Für besonders gut qualifizierte Ausländerinnen und Ausländer (wie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung) besteht ein vereinfachter Zugang zu einem Daueraufenthalt.

Auch die Blaue Karte EU regelt die Einwanderung von Hochqualifizierten. Es handelt sich um einen auf vier Jahre befristeten Aufenthaltstitel für Menschen mit Hochschulabschluss oder vergleichbarer Qualifikation aus Staaten, die nicht der EU angehören. Um die Blaue Karte EU zu erhalten, muss ein Arbeitsverhältnis in einer der Qualifikation angemessenen Beschäftigung mit einem festgelegten Mindestjahresgehalt vorgewiesen werden.

Die Einwanderung geringqualifizierter Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten ist bisher stark beschränkt. Allerdings gelang es mit den bisherigen Regelungen auch nur begrenzt, hochqualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer anzulocken. Durch die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes sollen einheitliche Kriterien und somit mehr Klarheit für die Einwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme geschaffen werden.

Die Diskussion über ein Einwanderungsgesetz

Deutschland ist laut der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nach den USA das zweitbeliebteste Einwanderungsland weltweit.

Über lange Jahre wurde in der deutschen Politik und Gesellschaft diskutiert, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei und sein solle. Teile von Politik und Gesellschaft lehnen ein Einwanderungsgesetz grundsätzlich ab. Andere meinen, dass Einwanderung sowohl notwendig als auch unvermeidlich sei und Deutschland daher ein Einwanderungsgesetz brauche. Dieses solle auch helfen, Arbeitswilligen einen Zugang zu schaffen, der nicht über irreguläre Einwanderung oder über das Asylsystem führt.

Die Wirtschaft warnt zudem seit vielen Jahren vor einem Fachkräftemangel in Deutschland: Wegen des demografischen Wandels werde das Arbeitskräfteangebot in Zukunft weiter sinken. Insbesondere der Zuzug von hochqualifizierten Einwanderinnen und Einwanderern aus Nicht-EU-Staaten stagniere. In dieser Situation könne ein Einwanderungsgesetz die Chance bieten, gezielt die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte zu erhöhen.

Strittig ist in der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz vor allem, nach welchen Kriterien Einwanderung bewilligt werden soll. Hier spielt die Integrationsfähigkeit in Beruf und Gesellschaft eine wesentliche Rolle.



Ablaufplan

Uhrzeit	Dauer	Ort	Handlung	Aufgaben der TN
	25 min	Plenum	Einführung	<ul style="list-style-type: none">■ Verstehen:<ul style="list-style-type: none">■ Arbeitsweise des Bundestages■ Verlauf des Gesetzgebungsprozesses■ Grundlinien des Themas■ Übernahme des Abgeordnetenmandats
	50 min	Fraktionen	Erste Sitzung	<ul style="list-style-type: none">■ Wahl der Fraktionsvorsitze■ Aufteilung auf die Ausschüsse■ Benennung der Ausschussvorsitze■ Inhaltliche Einarbeitung, Einigung auf gemeinsame Zielrichtung für die Ausschussarbeit■ Gegenseitige Information zwischen den Koalitionsfraktionen CVP und APD
	15 min	Plenum	Erste Sitzung	<ul style="list-style-type: none">■ Konstituierung des Parlaments■ Einsetzung der Ausschüsse■ Erste Beratung: Überweisung des Gesetzentwurfes an die Ausschüsse
	60 min	Ausschüsse	Beratungen	<ul style="list-style-type: none">■ Inhaltliche Bearbeitung des Gesetzentwurfes <p><i>Nach 40 min:</i> Mitberatender Ausschuss gibt Stellungnahme an federführenden Ausschuss</p> <p><i>Nach 60 min:</i> Federführender Ausschuss gibt Beschlussempfehlung</p>
	30 min	Fraktionen	Zweite Sitzung	<ul style="list-style-type: none">■ Erarbeitung einer gemeinsamen Position zur Beschlussempfehlung■ Absprachen zwischen den Koalitionsfraktionen CVP und APD■ Gegebenenfalls Erarbeitung von Änderungsanträgen■ Beauftragung einer Rednerin oder eines Redners für die Plenardebatte■ Erstellung einer kurzen Rede
	20 min	Plenum	Zweite Sitzung	<ul style="list-style-type: none">■ Zweite Beratung:<ul style="list-style-type: none">■ Vorstellung der Beschlussempfehlung durch die Vorsitzende / den Vorsitzenden des federführenden Ausschusses■ Stellungnahme der Rednerinnen und Redner der Fraktionen■ Abstimmung über eventuelle Änderungsanträge■ Abstimmung über die Beschlussempfehlung einschließlich der angenommenen Änderungen■ Dritte Beratung:<ul style="list-style-type: none">■ Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf
	10 min	Plenum	Auswertung	<ul style="list-style-type: none">■ Feedback der Teilnehmerinnen und Teilnehmer■ Planspiel-Nachbesprechung: Prozess / Ergebnis / Realitätsabgleich



**Entwurf eines Gesetzes
zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme**

- § 1 Für die Aufnahme von Einwanderinnen und Einwanderern aus Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, zum Zweck der Arbeitsaufnahme wird durch den Bundesminister des Inneren jährlich eine zu erreichende Mindestpunktzahl festgelegt.

Kriterien für die Bewertung eines Antrags sind

Bereich	Kriterium	Maximale Punktezahl	
Kulturelle Integrationsfähigkeit	Testergebnis: Deutsche Sprachkenntnisse	100	300
	Testergebnis: Landeskunde und Wertesystem	100	
	Beziehung zu Deutschland	100	
Ausbildung und Beruf	Grad der (Aus-)Bildung	100	300
	Berufserfahrung (in Jahren)	100	
	Branche (Mangelberuf)	100	
Fähigkeit zur Existenzsicherung	Vorliegendes Stellenangebot	200	400
	Eigene finanzielle Mittel (Lebensunterhalt für zwei Jahre)	200	

- § 2 Alle Personen, deren Einwanderung nach diesem Gesetz genehmigt wird, erhalten zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre.
- § 3 Anträge auf Einwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme können nur von Personen gestellt werden, die nicht bereits auf dem Weg des Asylrechts oder der Familienzusammenführung Aufenthalt beantragt haben.



Arbeitsblatt für die erste Fraktionssitzung

1. Kreuzen Sie Ihre jeweilige Arbeitsgruppe an

<input type="checkbox"/> Innenausschuss Wie lässt sich Einwanderung sinnvoll steuern? Welcher Kriterien bedarf es für eine gelingende berufliche und gesellschaftliche Integration? Wie sieht eine sinnvolle Punkteverteilung aus? Welche langfristigen Folgen wird ein Einwanderungsgesetz für Deutschland haben?	<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft und Energie Ist ein Einwanderungsgesetz mit einer Punktevergabe das richtige Instrument, um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen? Wie sieht eine sinnvolle Punkteverteilung aus? Muss Deutschland seine Attraktivität für besonders qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer erhöhen? Wie könnte dies funktionieren?	<input type="checkbox"/> Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Welchen Einfluss hat Migration auf die Entwicklung in den Herkunftsstaaten? Wie groß sind die Auswirkungen eines möglichen Braindrain in Entwicklungs- und Schwellenländern, d.h. einer Auswanderung zahlreicher hochqualifizierter Fachkräfte?
---	---	---

2. Bestimmen Sie die Position Ihrer Fraktion

- ☐ Wir finden das Gesetz sinnvoll (haben aber Verbesserungsvorschläge)
- ☐ Wir lehnen das Gesetz ab
- ☐ Wir können uns eine Zustimmung vorstellen, haben hierfür jedoch Bedingungen

3. Sammeln Sie (bezogen auf Ihren Ausschuss!) die wichtigsten Forderungen, Vorschläge und Argumente aus Sicht Ihrer Fraktion. (In kleinen Fraktionen können dies auch alle gemeinsam tun, dann entfällt 4.)

4. Passen Sie Ihre Notizen an, soweit dies nach Abgleich mit den anderen Arbeitsgruppen Ihrer Fraktion erforderlich ist.



Grundlegende Ansichten der CVP

Die Christliche Volkspartei (CVP) legt großen Wert auf die christlichen Wurzeln in Deutschland. Daher ist es ihr ein wichtiges Anliegen, dass Einwanderung mit der Wahrung hiesiger kultureller Traditionen vereinbar bleibt.

Zugleich sieht sich die CVP als eine Partei, die dafür sorgt, dass sich die Wirtschaft gut entwickeln kann, um den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Positionen der CVP zum Einwanderungsgesetz

Das Einwanderungsgesetz ist innerhalb der CVP umstritten. Zahlreiche Abgeordnete befürworten den Gesetzentwurf, darunter besonders der wirtschaftsnahe Flügel. Andere halten die bisherigen Maßnahmen für ausreichend und lehnen Regelungen ab, die weitere Anreize für Einwanderung schaffen könnten.

(1) Mindestpunktzahl und Kriterien für die Einwanderung:

Eine Mindestpunktzahl für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten sollte möglichst hoch angesetzt und für drei Jahre gültig sein. Eine jährliche Anpassung der Mindestpunktzahl bedeutet einen erheblichen bürokratischen Aufwand.

Die Einwanderung muss besser gesteuert werden. Um gezielt Angebote für diejenigen zu machen, die in Deutschland gebraucht werden, plädiert die CVP für klare Kriterien für die Zuwanderung. Die Integrationsfähigkeit hängt vor allem von der kulturellen Zugehörigkeit einer Person ab. Bei der Punktevergabe sollte daher oberste Priorität darauf liegen,

- wie gut jemand die deutsche Sprache beherrscht und ob sie/er über besondere Kenntnisse des politischen Systems und der kulturellen Werte in Deutschland verfügt, und
- ob jemand eine besondere Beziehung zu Deutschland hat, indem er/sie z.B. in Deutschland einen Abschluss erworben oder eine Ausbildung absolviert hat.

Die CVP will vor allem die Einwanderung von Hochqualifizierten fördern. Hohe Abschlüsse und Titel müssen besonders gewichtet werden, da Deutschland gut ausgebildete, eigenständige und motivierte Einwanderinnen und Einwanderer braucht. Eine Bewertung nach Branche mit einer Liste von Mangelberufen hingegen bedeutet einen zu großen bürokratischen Aufwand.

Um keinesfalls einen Missbrauch der deutschen Sozialsysteme zu fördern, soll besonders positiv bewertet werden, wenn eine Person

- durch das Vorliegen eines Stellenangebots nachweisen kann, dass sie sich selbstständig um ihre berufliche Integration kümmert und bereits über Beziehungen in Deutschland verfügt,
- über finanzielle Mittel zur Sicherung des eigenen Lebens in Deutschland verfügt.

(2) Aufenthaltsgenehmigung:

Die Erteilung einer zunächst auf drei Jahre befristeten Aufenthaltsgenehmigung hält die CVP für sinnvoll. Auch aus entwicklungspolitischer Sicht ist es vernünftig, wenn Migrantinnen und Migranten nach einigen Jahren in ihr Heimatland zurückkehren.

Die Strategie der CVP bei diesem Gesetzentwurf

Die CVP ist die größte Fraktion. Um stabil regieren zu können und ein gutes Außenbild abzugeben, ist sie aber auf eine gute Zusammenarbeit mit ihrem Koalitionspartner angewiesen. Daher ist es wichtig, im Falle von Meinungsunterschieden den Dialog mit der APD frühzeitig aufzunehmen und Kompromisse zu suchen. Der Gesetzentwurf stellt bereits einen schwierigen Kompromiss mit dem Koalitionspartner dar.



Grundlegende Ansichten der APD

Kernanliegen der Arbeiterpartei Deutschlands (APD) ist die soziale Gerechtigkeit. Unabhängig von Bildung und Herkunft sollen Menschen gleiche Chancen haben.

Vor dem Hintergrund des Ideals internationaler Verständigung setzt sich die APD für eine moderne Einwanderungsgesellschaft ein, die sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes statt an kulturellen Traditionen orientiert.

Positionen der APD zum Einwanderungsgesetz

(1) Mindestpunktzahl und Kriterien für die Einwanderung:

Die jährliche Anpassung einer Mindestpunktzahl ist entscheidend, um zu garantieren, dass Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Nur so können soziale Spannungen und Konflikte verhindert werden.

Deutschland braucht mehr Einwanderung und muss Kriterien für wirtschaftlich notwendige Einwanderung schaffen. Punkte sollten danach vergeben werden, ob eine Person Aussichten hat, auf dem deutschen Arbeitsmarkt integriert zu werden, d.h.

- ob sie über ein Stellenangebot verfügt,
- ob sie über eine Ausbildung und Arbeitserfahrung in einem Beruf verfügt, der auf einer jährlich anzupassenden Liste mit Mangelberufen genannt wird. Dabei sollte die Fachrichtung ausschlaggebend sein, nicht der Grad des Abschlusses. In Branchen, in denen Fachkräftemangel herrscht, braucht Deutschland auch geringqualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer.

Die Bewertung der kulturellen Zugehörigkeit und Anpassungsfähigkeit führt zu Diskriminierung. Die APD sieht es daher kritisch, wenn Sprachkenntnisse und Kenntnisse über das politische und kulturelle Wertesystem bei der Punktevergabe besonders hoch gewertet werden. Die APD vertritt die Auffassung, dass solche Kenntnisse auch nach der Einreise über Bildungsangebote und die Integration am Arbeitsplatz schnell erworben werden können. Wichtig für gelingende Integration ist ansonsten vor allem eine wirkliche Willkommenskultur.

(2) Aufenthaltsgenehmigung:

Eine Befristung des Aufenthaltsrechts auf drei Jahre kann Deutschland für Fachkräfte nicht wirklich attraktiv machen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Blue Card haben dies bereits gezeigt. Um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen, ist es wichtig, einen längeren Aufenthalt in Aussicht zu stellen.

Die Strategie der APD bei diesem Gesetzentwurf

Die APD bildet mit der CVP eine Regierungskoalition. Daher ist sie grundsätzlich um eine gute Zusammenarbeit mit der CVP bemüht. Nur so können beide stabil regieren und ein gutes Außenbild abgeben.

Im Falle von Meinungsunterschieden zwischen APD und CVP ist es wichtig, rechtzeitig Kompromisse zu suchen. Auch wenn die Positionen der APD von der Opposition unterstützt werden, ist es immer entscheidend, sich mit dem Koalitionspartner zu verständigen. Der Gesetzentwurf stellt angesichts der kontroversen Debatte über ein Einwanderungsgesetz innerhalb der CVP-Fraktion bereits einen schwierigen Kompromiss mit dem Koalitionspartner dar.



Grundlegende Ansichten der PSG

Das Wohl der Menschen ist für die Partei der sozialen Gerechtigkeit (PSG) zentral und darf wirtschaftlichen Vorteilen nicht untergeordnet werden. Die PSG lehnt es entschieden ab, Menschen nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu bewerten.

Positionen der PSG zum Einwanderungsgesetz

Die PSG lehnt den Gesetzesvorschlag ab. Einwanderung kann nur über ein umfassendes, Gesetz geregelt werden, das alle Arten von Migration einschließt und bei dem Deutschland im europäischen Rahmen seine Rolle fair und verantwortungsvoll wahrnimmt.

(1) Mindestpunktzahl und Kriterien für die Einwanderung:

Die PSG empfindet ein Punktesystem als zynisch, weil es Menschen wie Kapital einen materiellen Wert zuspricht. Bei der Einwanderung dürfen nicht nützliche und unnütze Personen unterschieden werden. Die PSG verurteilt es als rückständig und menschenverachtend, vorab die kulturelle Integrationsfähigkeit von Einwanderinnen und Einwanderern zu beurteilen. Menschen sind unabhängig vom kulturellen Hintergrund integrationsfähig, sofern eine entsprechende Willkommenskultur im Zielland besteht.

Bei einer Bewertung nach wirtschaftlichen Kriterien sieht die PSG die Gefahr,

- dass der wirtschaftliche Wert von Arbeitsmigrantinnen und -migranten gegen den von Asylbewerberinnen und -bewerbern abgewogen wird. Mehr Arbeitsmigration darf nicht zum weiteren Abbau von Asyl führen.
- dass nur hochqualifizierte und vermögende Menschen, die bereits im bestehenden Aufenthaltsrecht bevorzugt werden, willkommen sind und ein gutes Auskommen finden.
- dass zugleich billige Arbeitskräfte nach Deutschland geholt werden, die den Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschärfen sollen, zu Billiglöhnen zu arbeiten.

Migrantinnen und Migranten, die über ein Stellenangebot verfügen oder eine Ausbildung in Deutschland absolviert haben, sollten in jedem Fall eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Solche Personen, die ihren Integrationswillen bereits bewiesen haben, dürfen nicht noch einem bürokratischen Punktesystem unterworfen werden.

Einwanderungspolitik darf der Entwicklungspolitik nicht im Weg stehen: Hochqualifizierte Arbeitskräfte abzuwerben, die entscheidend zur wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Herkunftsländern beitragen könnten, darf kein Ziel sein.

(2) Aufenthaltsgenehmigung:

Zentral für die Willkommenskultur und Attraktivität Deutschlands ist die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft. Der Bundestag sollte Einwanderung als Chance und Bereicherung begreifen statt als zeitlich zu befristendes Problem. Eine befristete Aufenthaltsgenehmigung signalisiert Migrantinnen und Migranten, nicht langfristig erwünscht zu sein und hemmt jegliche Integrationsbestrebungen.

Die Strategie der PSG bei diesem Gesetzentwurf

Die PSG ist die Oppositionspartei, die bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen erhalten hat (mit knappem Vorsprung vor der ÖSP). Bereitschaft und Interesse der übrigen Fraktionen, mit der PSG zusammenzuarbeiten, sind allerdings gering. Die PSG formuliert klar ihre Ablehnung und macht deutlich, warum der vorliegende Gesetzesvorschlag einen falschen Ansatz verfolgt. Ihre Strategie ist es, Widersprüche im Gesetzentwurf der Regierung und in den Argumentationen anderer Parteien aufzudecken.



Grundlegende Ansichten der ÖSP

Die Ökologisch-Soziale Partei (ÖSP) setzt sich seit ihren Ursprüngen entschieden für eine multikulturelle Gesellschaft ein, die sich an den Werten der Gleichheit und Gerechtigkeit orientiert. Migration versteht sie als Chance und Bereicherung.

Positionen der ÖSP zum Einwanderungsgesetz

(1) Mindestpunktzahl und Kriterien für die Einwanderung:

Grundsätzlich sieht die ÖSP in der Bestimmung einer Mindestpunktzahl und klarer Kriterien für Einwanderung Vorteile, da die Bedeutung und Notwendigkeit von Einwanderung anerkannt wird und die Regeln für Einwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme übersichtlich und transparent festgelegt werden.

Deutschland braucht jedoch ein langfristiges und systematisches Konzept für Einwanderung und Integration. Die ÖSP gibt zu Bedenken, dass

- mehr Einwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme die Anerkennung von Asylbewerberinnen und -bewerbern nicht weiter einschränken darf. Ein umfassender Ansatz in Migrationsfragen darf nicht diejenigen, die wir brauchen, und diejenigen, die uns brauchen, gegeneinander aufwiegen.
- Sprachkenntnisse und Kenntnisse über kulturelle Werte nicht überbewertet werden dürfen. In einer toleranten und offenen Gesellschaft können diese nachträglich erworben werden. In einer globalisierten Welt werden außerdem Mehrsprachigkeit und interkulturelle Prägung als hohe Kompetenzen geschätzt.
- die Debatten um Migration nicht auf die Frage der Einwanderung reduziert werden dürfen. Ein Einwanderungsgesetz muss von weiteren Integrationsmaßnahmen in Deutschland begleitet werden.
- eine klare Punkteliste Regelungen für den spontanen Bedarf nicht verhindern darf. Die strenge Bewertung nach wirtschaftlichen Kriterien und die Förderung bestimmter Branchen drohen die Einwanderung von motivierten und kreativen Köpfen zu verhindern, sofern diese nicht einem bestimmten Kriterienprofil entsprechen.
- aus entwicklungspolitischer Sicht nicht allein eine Einwanderung der qualifiziertesten Arbeitskräfte angestrebt werden soll, da diese auch in ihren Herkunftsländern gebraucht werden. Der Bundestag sollte über Wege nachdenken, Migrations- und Entwicklungspolitik sinnvoll zu verknüpfen.

(2) Aufenthaltsgenehmigung:

Durch eine Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf drei Jahre wird die Integration der Migrantinnen und Migranten erschwert. Dies kann nicht im Interesse des Bundestages sein.

(3) Bezug zum Asylverfahren und Familiennachzug:

Auch Personen, die bereits im Rahmen eines anderen Verfahrens Aufenthalt beantragt haben, sollten Anträge auf Einwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme stellen dürfen. Unter Asylbewerberinnen und -bewerbern gibt es zahlreiche motivierte und qualifizierte Fachkräfte, die bereits in Deutschland leben.

Die Strategie der ÖSP bei diesem Gesetzentwurf

Die ÖSP befindet sich in der Opposition und möchte dort deutlich ihre Meinung zeigen. Zugleich ist ihr wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sie als Partei wahrnehmen, die sich sinnvollen Lösungen nicht verweigert. Die Schaffung eines klaren Einwanderungsgesetzes ist ein wichtiges Anliegen der ÖSP. Für einen wirklichen Fortschritt ist sie daher bereit, Kompromisse einzugehen.



Ihre Aufgabe ist es, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

Es ist in Ihrem Interesse, die Arbeit Ihrer Fraktion mit der Ihres Koalitionspartners APD abzustimmen und öffentliche Auseinandersetzungen mit diesem zu vermeiden.

Erste Sitzung

1. Personalentscheidungen

- a) Eine Kandidatin bzw. ein Kandidat für das Amt der Bundestagspräsidentin / des Bundestagspräsidenten.
- b) Eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

2. Bildung von Arbeitsgruppen (ca. 20 Minuten)

- a) ___ Personen: Innenausschuss
- b) ___ Personen: Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- c) ___ Personen: Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente.

Auch Sie selbst gehören einer Arbeitsgruppe und einem Ausschuss an!

3. Einigung in der Gesamtfraktion (10 Minuten)

- Was wollen wir?
Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
- Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

Zweite Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses

2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können

- a) zustimmen (wenn Ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
- b) ablehnen
- c) sich enthalten
- d) einen Änderungsantrag einbringen

Sprechen Sie ab, ob sich Ihr Abstimmungsverhalten ändert, wenn ein Änderungsantrag angenommen oder abgelehnt wird.

3. Benennung einer Rednerin oder eines Redners für die zweite Beratung im Plenum

Sie können im Interesse einer Einbindung möglichst vieler in die aktive Fraktionsarbeit ein anderes Fraktionsmitglied beauftragen, die Rede aber auch selbst übernehmen.



Für die Bundestagspräsidentin / den Bundestagspräsidenten (aus der CVP)



Ihre Aufgabe ist es, die Arbeitssitzungen des Bundestages zu leiten. Sie sorgen für einen geordneten, zügigen und würdevollen Sitzungsverlauf. Sie haben das Recht, das Wort zu erteilen und zu entziehen.

Die Bundestagsverwaltung wird Ihnen bei der Bewältigung Ihrer Aufgabe zur Seite stehen und Ihnen für jede der beiden Sitzungen vorab ein Redemanuskript überreichen.

Nachdem Sie gewählt sind, kommt Ihnen das Recht zu, sich zu Beginn einer Sitzung jeweils als Erste bzw. Erster zu setzen.



Sie sind Vorsitzende/Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie.

Zweck der Ausschussberatungen ist es, den Gesetzentwurf unter den fachlich relevanten Gesichtspunkten zu debattieren, die Argumente aller Fraktionen zu erörtern und eine Lösung zu finden, die von einer Mehrheit getragen wird.

Die Ergebnisse Ihrer Beratungen leiten Sie dann schriftlich dem federführenden Ausschuss zu. Damit sie dort Berücksichtigung finden, ist es sinnvoll, dass Sie sich auf wesentliche, für Ihren Ausschuss wichtige Punkte konzentrieren und zu diesen klare und gut begründete Positionen formulieren.

Ihre Aufgabe ist, die Sitzung des Ausschusses als Moderatorin bzw. Moderator neutral zu leiten, alle Ausschussmitglieder gleichberechtigt sprechen zu lassen, strittige Fragen zur Diskussion und zur Abstimmung zu bringen, gegebenenfalls Kompromisse zu erarbeiten und auf diese Weise eventuell eine Mehrheitsposition zu finden.

Um Ihre neutrale Rolle nicht zu gefährden, sollten Sie eigene Positionen und Argumente nur im Ausnahmefall einbringen und den inhaltlichen Streit in der Regel Ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen überlassen.

Die Fragestellung Ihres Ausschusses

- Ist ein Einwanderungsgesetz mit einer Punktevergabe das richtige Instrument, um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen? Wie sieht eine sinnvolle Punkteverteilung aus?
- Muss Deutschland seine Attraktivität für besonders qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer erhöhen? Wie könnte dies funktionieren?

Ablauf der Ausschusssitzung

- Begrüßung und Kurzvorstellung der einzelnen Positionen (10 Minuten):
Bitten Sie alle Fraktionen, ihre Position kurz zusammenzufassen: Welche Punkte sollten im Ausschuss unbedingt erörtert werden, welche Änderungsvorschläge bestehen, was wird aus welchen Gründen abgelehnt? Diese Positionen dürfen nicht kommentiert werden. Zum Mitschreiben können Sie das beigelegte Hilfsblatt verwenden. Auf diese Weise sehen Sie als Vorsitzende bzw. Vorsitzender, welche Aspekte zu debattieren sind und welche Positionen es gibt.
- Diskussion (20 Minuten):
Anschließend eröffnen Sie die Diskussion. Machen Sie sich eine Agenda und geben Sie für jeden zu debattierenden Aspekt eine bestimmte Zeitdauer vor. Alle Mitglieder des Ausschusses können sich zum aufgerufenen Punkt zu Wort melden, Argumente einbringen und Fragen stellen. Am Ende jedes Punktes können Sie jeweils abstimmen.
- Verfassen des Berichts (10 Minuten):
Wenn alle relevanten Aspekte debattiert und abgestimmt worden sind, notieren Sie die Ergebnisse im Bericht. Begründen Sie die Empfehlungen des Ausschusses, damit die Mitglieder des federführenden Ausschusses Ihre Vorschläge nachvollziehen können.



Ihre Aufgabe ist es, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

Es ist in Ihrem Interesse, die Arbeit Ihrer Fraktion mit der Ihres Koalitionspartners CVP abzustimmen und öffentliche Auseinandersetzungen mit diesem zu vermeiden.

Erste Sitzung

1. Personalentscheidungen

- Eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender im Innenausschuss

2. Bildung von Arbeitsgruppen (ca. 20 Minuten)

- a) ___ Personen: Innenausschuss
- b) ___ Personen: Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- c) ___ Personen: Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente.

Auch Sie selbst gehören einer Arbeitsgruppe und einem Ausschuss an!

3. Einigung in der Gesamtfraktion (10 Minuten)

- Was wollen wir?
Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
- Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

Zweite Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses

2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können

- a) zustimmen (wenn Ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
- b) ablehnen
- c) sich enthalten
- d) einen Änderungsantrag einbringen

Sprechen Sie ab, ob sich Ihr Abstimmungsverhalten ändert, wenn ein Änderungsantrag angenommen oder abgelehnt wird.

3. Benennung einer Rednerin oder eines Redners für die zweite Beratung im Plenum

Sie können im Interesse einer Einbindung möglichst vieler in die aktive Fraktionsarbeit ein anderes Fraktionsmitglied beauftragen, die Rede aber auch selbst übernehmen.



Sie sind Vorsitzende/Vorsitzender des Innenausschusses.

Zweck der Ausschussberatungen ist es, den Gesetzentwurf unter den fachlich relevanten Gesichtspunkten zu debattieren, die Argumente aller Fraktionen zu erörtern und eine Lösung zu finden, die von einer Mehrheit getragen wird.

Ihre Aufgabe ist, die Sitzung des Ausschusses als Moderatorin/Moderator neutral zu leiten, alle Ausschussmitglieder gleichberechtigt sprechen zu lassen, strittige Fragen zur Diskussion und zur Abstimmung zu bringen, gegebenenfalls Kompromisse zu erarbeiten und auf diese Weise eventuell eine Mehrheitsposition zu finden.

Um Ihre neutrale Rolle nicht zu gefährden, sollten Sie eigene Positionen und Argumente nur im Ausnahmefall einbringen und den inhaltlichen Streit in der Regel Ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen überlassen.

Die Fragestellung Ihres Ausschusses

- Wie lässt sich Einwanderung sinnvoll steuern?
- Welcher Kriterien bedarf es für eine gelingende berufliche und gesellschaftliche Integration?
Wie sieht eine sinnvolle Punkteverteilung aus?
- Welche langfristigen Folgen wird ein Einwanderungsgesetz für Deutschland haben?

Ablauf der Ausschusssitzung

- Begrüßung und Kurzvorstellung der einzelnen Positionen (10 Minuten):
Bitten Sie alle Fraktionen, ihre Position kurz zusammenzufassen: Für oder gegen den Gesetzentwurf; ggf. Änderungsvorschläge. Diese Positionen dürfen nicht kommentiert werden. Auf diese Weise erhalten Sie ein Stimmungsbild. Notieren Sie auf dem beiliegenden Hilfsblatt, welche Aspekte zu debattieren sind.
- Diskussion (15 Minuten):
Anschließend eröffnen Sie die Diskussion. Machen Sie sich eine Agenda und geben Sie für jeden zu debattierenden Aspekt eine bestimmte Zeitdauer vor. Alle Mitglieder des Ausschusses können sich zum aufgerufenen Punkt zu Wort melden, Argumente einbringen und Fragen stellen. Am Ende jedes Punktes können Sie jeweils abstimmen.
- Verlesung und Diskussion der Berichte der mitberatenden Ausschüsse (10 Minuten):
Die Mitglieder mitberatender Ausschüsse sind in ihrem Themenbereich die Expertinnen und Experten. Nehmen Sie ihren Ratschlag ernst. Stellen Sie ihre Empfehlungen zur Diskussion und stimmen Sie über diese ab. Die letzte Entscheidung trifft Ihr federführender Ausschuss! Sie sollten die Arbeit Ihrer Fachkollegen allerdings würdigen und nach Möglichkeit in Ihre Beschlussempfehlung aufnehmen.
- GesamtAbstimmung (5 Minuten):
Wenn alle relevanten Aspekte debattiert worden sind und die Empfehlung Ihres Ausschusses (Annahme oder Ablehnung) sowie eventuelle Änderungen notiert sind, stimmen Sie über den gesamten Ausschussbericht ab. Notieren Sie das Ergebnis in der Beschlussempfehlung.



Ihre Aufgabe ist es, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

Erste Sitzung

1. Personalentscheidungen

- Eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2. Bildung von Arbeitsgruppen (ca. 20 Minuten)

- a) ___ Personen: Innenausschuss
- b) ___ Personen: Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- c) ___ Personen: Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente.

Auch Sie selbst gehören einer Arbeitsgruppe und einem Ausschuss an!

3. Einigung in der Gesamtfraktion (10 Minuten)

- Was wollen wir?
Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
- Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

Zweite Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses

2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können

- a) zustimmen (wenn Ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
- b) ablehnen
- c) sich enthalten
- d) einen Änderungsantrag einbringen

Sprechen Sie ab, ob sich Ihr Abstimmungsverhalten ändert, wenn ein Änderungsantrag angenommen oder abgelehnt wird.

3. Benennung einer Rednerin oder eines Redners für die zweite Beratung im Plenum

Sie können im Interesse einer Einbindung möglichst vieler in die aktive Fraktionsarbeit ein anderes Fraktionsmitglied beauftragen, die Rede aber auch selbst übernehmen.



Sie sind Vorsitzende/Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Zweck der Ausschussberatungen ist es, den Gesetzentwurf unter den fachlich relevanten Gesichtspunkten zu debattieren, die Argumente aller Fraktionen zu erörtern und eine Lösung zu finden, die von einer Mehrheit getragen wird.

Die Ergebnisse ihrer Beratungen leiten Sie dann schriftlich dem federführenden Ausschuss zu. Damit sie dort Berücksichtigung finden, ist es sinnvoll, dass Sie sich auf wesentliche, für Ihren Ausschuss wichtige Punkte konzentrieren und zu diesen klare und gut begründete Positionen formulieren.

Ihre Aufgabe ist, die Sitzung des Ausschusses als Moderatorin bzw. Moderator neutral zu leiten, alle Ausschussmitglieder gleichberechtigt sprechen zu lassen, strittige Fragen zur Diskussion und zur Abstimmung zu bringen, gegebenenfalls Kompromisse zu erarbeiten und auf diese Weise eine Mehrheitsposition zu finden.

Um Ihre neutrale Rolle nicht zu gefährden, sollten Sie eigene Positionen und Argumente nur im Ausnahmefall einbringen und den inhaltlichen Streit in der Regel Ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen überlassen.

Die Fragestellung Ihres Ausschusses

- Welchen Einfluss hat Migration auf die Entwicklung in den Herkunftsstaaten?
- Wie groß sind die Auswirkungen eines möglichen brain drain in Entwicklungs- und Schwellenländern, d.h. einer Auswanderung zahlreicher hochqualifizierter Fachkräfte?

Ablauf der Ausschusssitzung

- Begrüßung und Kurzvorstellung der einzelnen Positionen (10 Minuten):
Bitten Sie alle Fraktionen, ihre Position kurz zusammenzufassen: Welche Punkte sollten im Ausschuss unbedingt erörtert werden, welche Änderungsvorschläge bestehen, was wird aus welchen Gründen abgelehnt? Diese Positionen dürfen nicht kommentiert werden. Zum Mitschreiben können Sie das beigegefügte Hilfsblatt verwenden. Auf diese Weise sehen Sie als Vorsitzende bzw. Vorsitzender, welche Aspekte zu debattieren sind und welche Positionen es gibt.
- Diskussion (20 Minuten):
Anschließend eröffnen Sie die Diskussion. Machen Sie sich eine Agenda und geben Sie für jeden zu debattierenden Aspekt eine bestimmte Zeitdauer vor. Alle Mitglieder des Ausschusses können sich zum aufgerufenen Punkt zu Wort melden, Argumente einbringen und Fragen stellen. Am Ende jedes Punktes können Sie jeweils abstimmen.
- Verfassen des Berichts (10 Minuten):
Wenn alle relevanten Aspekte debattiert und abgestimmt worden sind, notieren Sie die Ergebnisse im Bericht. Begründen Sie die Empfehlungen des Ausschusses, damit die Mitglieder des federführenden Ausschusses Ihre Vorschläge nachvollziehen können.



Ihre Aufgabe ist es, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

Erste Sitzung

1. Bildung von Arbeitsgruppen (ca. 20 Minuten)
 - a) ___ Personen: Innenausschuss
 - b) ___ Personen: Ausschuss für Wirtschaft und Energie
 - c) ___ Personen: Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente.

Auch Sie selbst gehören einer Arbeitsgruppe und einem Ausschuss an!

2. Einigung in der Gesamtfraktion (10 Minuten)
 - Was wollen wir?
Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
 - Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

Zweite Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses
2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können
 - a) zustimmen (wenn Ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
 - b) ablehnen
 - c) sich enthalten
 - d) einen Änderungsantrag einbringen

Sprechen Sie ab, ob sich Ihr Abstimmungsverhalten ändert, wenn ein Änderungsantrag angenommen oder abgelehnt wird.

3. Benennung einer Rednerin oder eines Redners für die zweite Beratung im Plenum

Sie können im Interesse einer Einbindung möglichst vieler in die aktive Fraktionsarbeit ein anderes Fraktionsmitglied beauftragen, die Rede aber auch selbst übernehmen.



Für die Alterspräsidentin/ den Alterspräsidenten (aus der ÖSP)



Ihre Aufgabe ist es, die erste Zusammenkunft des Parlaments („Konstituierende Sitzung“) zu leiten, weil zu diesem Zeitpunkt der Posten der Bundestagspräsidentin bzw. des Bundestagspräsidenten noch unbesetzt ist.

Die Bundestagsverwaltung wird Sie bei der Bewältigung Ihrer Aufgabe unterstützen und Ihnen vorab ein Redemanuskript überreichen, das Sie während der Sitzung verlesen. Im Zuge der von Ihnen geleiteten Sitzung stellen Sie die Fraktionsvorsitzenden vor und leiten die Wahl einer Bundestagspräsidentin / eines Bundestagspräsidenten.

Die Bundestagsverwaltung wird Ihnen zeigen, wo Sie vor Beginn der Sitzung warten, bis eine Glocke ertönt und die Abgeordneten sich erhoben haben, sodass Sie den Saal betreten können.



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
die Bundestagsverwaltung hat mich informiert, dass ich die / der älteste Abgeordnete des Deutschen Bundestages bin. Der guten Ordnung halber möchte ich fragen, ob jemand unter den Anwesenden älter als 75 Jahre ist? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Damit erkläre ich die konstituierende Sitzung für eröffnet.

Ich freue mich, dass Sie alle erschienen sind. Die Fraktionen haben heute ja bereits getagt.

Nachdem dort neue Fraktionsvorsitzende gewählt wurden, möchte ich Ihnen kurz die Kolleginnen und Kollegen vorstellen, die sich bereit gefunden haben, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich bitte die jeweils Genannten kurz aufzustehen, damit alle sie sehen können.

1. Die Fraktion der CVP wird geführt von _____
2. Die Fraktion der APD wird geführt von _____
3. Die Fraktion der PSG wird geführt von _____
4. Die Fraktion der ÖSP wird geführt von _____

Ich wünsche allen genannten Kolleginnen und Kollegen eine glückliche Hand und viel Erfolg!

Lassen Sie uns nun eine Präsidentin / einen Präsidenten wählen.

Gemäß parlamentarischer Tradition steht es der größten Fraktion zu, eine Kandidatin oder einen Kandidaten für dieses Amt zu benennen.

Als Vorsitzende / Vorsitzenden der CVP-Fraktion bitte ich

Frau / Herrn _____ um den Vorschlag
(...Name...)

Wer stimmt der Wahl zu?

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Ich stelle fest, dass die / der Abgeordnete _____
zur Präsidentin / zum Präsidenten gewählt ist. Nehmen Sie die Wahl an?

[Gratulation]

Damit übergebe ich den Vorsitz an unsere neue Präsidentin / unseren neuen Präsidenten.



[Begrüßung]

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!
Ich möchte Sie herzlich zur ersten Arbeitssitzung des Bundestages begrüßen. Wir wollen uns heute mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befassen.

[Mitteilungen über Ausschüsse]

Zuvor möchte ich Ihnen einige Mitteilungen machen:
Entsprechend der Zuständigkeitsbereiche von Bundesministerien legt die Geschäftsordnung des Bundestages fest, dass es einen Innenausschuss, einen Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie einen Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geben soll.

Gemäß Absprache zwischen den Fraktionen fällt der Vorsitz im Innenausschuss an die APD-Fraktion. Diese hat als Vorsitzende / Vorsitzenden

die Abgeordnete / den Abgeordneten _____ benannt.

Der Vorsitz im Ausschuss für Wirtschaft und Energie fällt an die CVP-Fraktion. Diese hat als Vorsitzende / Vorsitzenden

die Abgeordnete / den Abgeordneten _____ benannt.

Der Vorsitz im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fällt an die PSG-Fraktion. Diese hat als Vorsitzende / Vorsitzenden

die Abgeordnete / den Abgeordneten _____ benannt.

Ich beglückwünsche die neuen Vorsitzenden und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

[Erste Beratung des Gesetzentwurfes]

Nun kommen wir zum ersten und einzigen Punkt unserer heutigen Tagesordnung:
„Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzes zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme.“

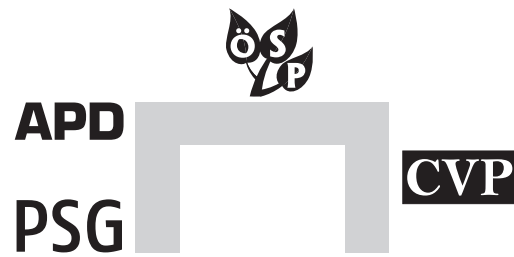
Nach Anhörung der Ausschüsse und Fraktionen sieht der Ältestenrat vor, dass der Innenausschuss die Federführung übernimmt, gleichzeitig aber auch der Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung befasst werden. Weiterhin schlägt der Ältestenrat eine Überweisung an die Ausschüsse ohne vorherige Aussprache im Plenum vor.

Hierzu sehe ich keinen Widerspruch. Damit ist dies so beschlossen.

Hiermit schließe ich die erste Beratung eines Gesetzes zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme.

[Sitzungsende]

Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen konstruktive Ausschussberatungen.



	Partei der sozialen Gerechtigkeit	Arbeitnehmer- partei Deutsch- lands	Ökologisch-Soziale Partei	Christliche Volkspartei



Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/2

Der Innenausschuss hat sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme befasst. Unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse schlagen wir vor, der Bundestag wolle beschließen:

- ☐ den Gesetzesvorschlag abzulehnen und den bisherigen Gesetzestext beizubehalten
☐ den Gesetzesvorschlag in der folgenden Fassung anzunehmen:

Gesetz zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme:

Entwurf der Bundesregierung		Änderungen in der Ausschussfassung
§ 1	Für die Aufnahme von Einwanderinnen und Einwanderern aus Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, zum Zweck der Arbeitsaufnahme wird durch den Bundesminister des Inneren jährlich eine zu erreichende Mindestpunktzahl festgelegt.	
	Kriterien für die Bewertung eines Antrags sind	



Entwurf der Bundesregierung		Änderungen in der Ausschussfassung
§ 2	Alle Personen, deren Einwanderung nach diesem Gesetz genehmigt wird, erhalten zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre.	
§ 3	Anträge auf Einwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme können nur von Personen gestellt werden, die nicht bereits auf dem Weg des Asylrechts oder der Familienzusammenführung Aufenthalt beantragt haben.	

Zustimmung: _____ Pers.

Ablehnung: _____ Pers.

Enthaltung: _____ Pers.

Mit kollegialen Grüßen

(Ausschussvorsitzende / Ausschussvorsitzender)

[illegible]



(1) Position / Änderungsvorschlag: _____

Begründung: _____

(2) Position / Änderungsvorschlag: _____

Begründung: _____

(3) Position / Änderungsvorschlag: _____

Begründung: _____

Mit kollegialen Grüßen

(Ausschussvorsitzende / Ausschussvorsitzender)



	Partei der sozialen Gerechtigkeit	Arbeitnehmer- partei Deutsch- lands	Ökologisch-Soziale Partei	Christliche Volkspartei



(1) Position / Änderungsvorschlag: _____

Begründung: _____

(2) Position / Änderungsvorschlag: _____

Begründung: _____

(3) Position / Änderungsvorschlag: _____

Begründung: _____

Mit kollegialen Grüßen

(Ausschussvorsitzende / Ausschussvorsitzender)



Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.

This image shows a blank sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

(Teil C4) Seite 28



Änderungsantrag

CVP

Gehen Sie sparsam mit Änderungsanträgen um, weil diese den Eindruck erwecken können, Sie hätten in den Ausschüssen nicht gut gearbeitet. Mit anderen Worten: Stellen Sie einen Änderungsantrag nur, wenn er Ihre Fraktion und die Arbeit der Koalition in ein besseres Licht rückt oder wirklich noch einmal eine Verbesserung des Gesetzes bedeutet – und tun Sie dies nur gemeinsam mit der APD.

Formulieren Sie präzise, wie der geänderte / ergänzte Text lauten soll. Sie können die Beschlussempfehlung daneben legen und brauchen den dort enthaltenen Text nicht abzuschreiben!

Änderungsvorschläge der CVP

§ 1



Änderungsvorschläge der CVP

§ 2

§ 3

Mit kollegialen Grüßen

(Fraktionsvorsitzende / Fraktionsvorsitzender)



Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.

[illegible]

(Teil C4) Seite 31



Gehen Sie sparsam mit Änderungsanträgen um, weil diese den Eindruck erwecken können, Sie hätten in den Ausschüssen nicht gut gearbeitet. Mit anderen Worten: Stellen Sie einen Änderungsantrag nur, wenn er Ihre Fraktion und die Arbeit der Koalition in ein besseres Licht rückt oder wirklich noch einmal eine Verbesserung des Gesetzes bedeutet – und tun Sie dies nur gemeinsam mit der CVP.

Formulieren Sie präzise, wie der geänderte / ergänzte Text lauten soll. Sie können die Beschlussempfehlung daneben legen und brauchen den dort enthaltenen Text nicht abzuschreiben!

Änderungsvorschläge der APD

§ 1



Änderungsvorschläge der APD

§ 2

§ 3

Mit kollegialen Grüßen

(Fraktionsvorsitzende / Fraktionsvorsitzender)

Sie reden im Namen Ihrer Fraktion und haben eine Redezeit von drei Minuten.

Bitte machen Sie den Zuhörenden die Position Ihrer Fraktion verständlich. Ihr Ziel ist es, diese von Ihren Argumenten zu überzeugen.

Die Beschlussempfehlung wird zu Beginn der Sitzung vorgetragen. Ihren Inhalt müssen Sie nicht nochmals darstellen!

Falls Ihre Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmt:
Machen Sie in der Rede deutlich, dass Sie sich durchgesetzt haben.

Falls Ihre Fraktion gegen die Beschlussempfehlung stimmt oder sich enthält:
Stellen Sie in der Rede die Gründe für Ihre Position dar.

Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.

Frau Präsidentin / Herr Präsident, meine Damen und Herren,

This image shows a blank sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Bedenken Sie, dass es unwahrscheinlich ist, im Plenum Mehrheiten für Anliegen zu erhalten, mit denen sie in den Ausschüssen gescheitert sind. Jede öffentliche Abstimmungsniederlage demonstriert die Schwäche ihrer Fraktion bzw. der Opposition.

Stellen Sie Änderungsanträge daher nur, wenn sie auf ein Entgegenkommen von CVP und APD hoffen können, oder wenn sie auf diese Weise der Öffentlichkeit zentrale Anliegen Ihrer Fraktion vor Augen führen können und wollen.

Formulieren Sie präzise, wie der geänderte/ergänzte Text lauten soll. Sie können die Beschlussempfehlung daneben legen und brauchen den dort enthaltenen Text nicht abzuschreiben!

Änderungsvorschläge der PSG

§ 1



Änderungsvorschläge der PSG

§ 2

§ 3

Mit kollegialen Grüßen

(Fraktionsvorsitzende / Fraktionsvorsitzender)

Sie reden im Namen Ihrer Fraktion und haben eine Redezeit von drei Minuten.

Bitte machen Sie den Zuhörenden die Position Ihrer Fraktion verständlich. Ihr Ziel ist es, diese von Ihren Argumenten zu überzeugen.

Die Beschlussempfehlung wird zu Beginn der Sitzung vorgetragen. Ihren Inhalt müssen Sie nicht nochmals darstellen!

Falls Ihre Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmt:
Machen Sie in der Rede deutlich, dass Sie sich durchgesetzt haben.

Falls Ihre Fraktion gegen die Beschlussempfehlung stimmt oder sich enthält:
Stellen Sie in der Rede die Gründe für Ihre Position dar.

Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.

Frau Präsidentin / Herr Präsident, meine Damen und Herren,

[illegible]

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Änderungsantrag



Bedenken Sie, dass es unwahrscheinlich ist, im Plenum Mehrheiten für Anliegen zu erhalten, mit denen sie in den Ausschüssen gescheitert sind. Jede öffentliche Abstimmungsniederlage demonstriert die Schwäche ihrer Fraktion bzw. der Opposition.

Stellen Sie Änderungsanträge daher nur, wenn sie auf ein Entgegenkommen von CVP und APD hoffen können, oder wenn sie auf diese Weise der Öffentlichkeit zentrale Anliegen Ihrer Fraktion vor Augen führen können und wollen.

Formulieren Sie präzise, wie der geänderte/ergänzte Text lauten soll. Sie können die Beschlussempfehlung daneben legen und brauchen den dort enthaltenen Text nicht abzuschreiben!

Änderungsvorschläge der ÖSP

§ 1



Änderungsantrag



Änderungsvorschläge der ÖSP

§ 2

§ 3

Mit kollegialen Grüßen

(Fraktionsvorsitzende / Fraktionsvorsitzender)



[Begrüßung]

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße Sie zu unserer Plenardebatte. Aufrufen möchte ich den Tagesordnungspunkt 1:
Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme.

[Vorstellung der Beschlussempfehlung]

Ich bitte die Abgeordnete / den Abgeordneten _____ uns als
Berichterstatlerin / Berichterstatler des Innenausschusses dessen Beschlussempfehlung vorzutragen:
(...Bericht...)

[Aussprache]

Ich bitte die Fraktionen zur Aussprache über diesen Gesetzesentwurf.
Auf Vorschlag des Ältestenrates kommt der Fraktion der CVP eine Redezeit von fünf Minuten,
der Fraktion der APD eine Redezeit von vier Minuten, den Fraktionen der PSG und ÖSP eine
Redezeit von jeweils drei Minuten zu.

Für die Fraktion der CVP spricht die / der Abgeordnete _____
(...Rede...)

Für die Fraktion der PSG spricht die / der Abgeordnete _____
(...Rede...)

Für die Fraktion der APD spricht die / der Abgeordnete _____
(...Rede...)

Für die Fraktion der ÖSP spricht die / der Abgeordnete _____
(...Rede...)

[Abstimmung über Änderungsanträge – falls vorliegend]

Ich werde jetzt nacheinander die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung stellen.

1. Änderungsantrag der Fraktion der _____
Diejenigen, die diesen Änderungsantrag unterstützen, bitte ich um das Handzeichen:
Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich?
2. Änderungsantrag der Fraktion der _____
Diejenigen, die diesen Änderungsantrag unterstützen, bitte ich um das Handzeichen:
Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? u.s.w.



[Abstimmung über die Beschlussempfehlung]

Wer

- ☐ dem Gesetz
 - ☐ in der vom federführenden Ausschuss niedergelegten Fassung {falls dort verändert}
 - ☐ unter Berücksichtigung der gerade beschlossenen Änderungen {falls erfolgt}
 - ☐ einer Ablehnung des Gesetzes {falls vom federführenden Ausschuss empfohlen}
- zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich?

Variante 1:

[Falls das Gesetz in der zweiten Beratung abgelehnt wurde, endet hier die Sitzung]

Meine Damen und Herren,
damit ist der Gesetzentwurf in der zweiten Beratung gescheitert, die dritte Beratung entfällt.
Ich möchte mich bei Ihnen allen für die aktive Teilnahme und die konstruktive Mitarbeit bedanken und erkläre das Planspiel für beendet.

Variante 2:

[Falls das Gesetz in der zweiten Beratung angenommen wurde, folgt unmittelbar die dritte Beratung]

Sehr geehrte Damen und Herren,
damit hat der Gesetzentwurf in zweiter Beratung die erforderliche Mehrheit erreicht.
Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt: Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzes zur Steuerung der Einwanderung nach Deutschland zum Zweck einer Arbeitsaufnahme.

[Verlesung]

Der vorliegende Gesetzentwurf, wie er aus der zweiten Beratung hervorging, ist Ihnen bekannt.

[Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf]

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung:

Wer dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

– Bitte setzen Sie sich –

Wer stimmt dagegen?

– Bitte setzen auch Sie sich –

Enthaltungen?

Damit ist der Gesetzentwurf angenommen / gescheitert.

[Sitzungsende]

Meine Damen und Herren,
ich möchte mich bei Ihnen allen für die aktive Teilnahme und die konstruktive Mitarbeit bedanken und erkläre das Planspiel für beendet.



Anhang Positionenmatrix

Christliche Volkspartei	Arbeitnehmerpartei Deutschlands	Partei der sozialen Gerechtigkeit	Ökologisch-Soziale Partei
Leitgedanke			
Die Einwanderung muss besser gesteuert werden. Anstelle illegaler Einwanderung bedarf es guter Angebote für diejenigen, die in Deutschland erwünscht sind.	Deutschland braucht mehr Einwanderung und muss für wirtschaftlich nötige Einwanderung Kriterien schaffen.	Einwanderung darf nicht nach nützlichen und unnützen Personen kategorisieren. Lehnt Punktesystem ab, weil es Menschen wie Kapital einen materiellen Wert zuspricht.	Deutschland braucht ein langfristiges systematisches Konzept für Einwanderung und Integration, das aber nicht diejenigen, die wir brauchen und diejenigen, die uns brauchen, gegeneinander aufwiegen darf.
Innenausschuss Integration, Sicherheit			
Strenge Regelungen, klare Kategorien. Kulturelle Zugehörigkeit und Anpassungsfähigkeit ist entscheidend. Besondere Gewichtung von Sprachkenntnissen.	Die Bewertung der kulturellen Zugehörigkeit und Anpassungsfähigkeit führt zu Diskriminierung. Wer Job findet, kann integriert werden.	Zentral für die Integrationsfähigkeit ist die Willkommenskultur in Deutschland. Arbeitsmigration darf nicht zum weiteren Abbau von Asyl führen.	Einwanderungsgesetz muss von weiteren Integrationsmaßnahmen begleitet werden. Sprachkenntnisse und kulturelle Zugehörigkeit nicht entscheidend für Integration. Keine gleichzeitige Einschränkung von Asyl.
Ausschuss für Wirtschaft und Energie Fachkräftemangel, hoch-qualifizierte Zuwanderung			
Vermeidung von zu viel Bürokratie. Deutschland braucht vor allem Hochqualifizierte, um diese ist gezielt zu werben. Vorliegendes Jobangebot wichtig, um Missbrauch von Sozialsystem zu verhindern.	Auch die Zuwanderung von geringer Qualifizierten muss erleichtert werden, Fachkräfte anwerben, Liste mit Mangelberufen.	Keine Einwanderung nach wirtschaftlichen Kriterien. Einwanderung billiger Arbeitskräfte darf nicht zum Sozialabbau führen.	Nicht nur Hochqualifizierte. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Prägung als Kompetenzen anerkennen. Regelung soll Maßnahmen für spontanen Bedarf nicht verhindern.
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Bedingungen und Konsequenzen in den Herkunftsländern			
Aus entwicklungspolitischer Sicht sinnvoll, Aufenthaltsgenehmigung auf drei Jahre zu befristen, damit Migrantinnen und Migranten in Heimatland zurückkehren.	Wichtig ist, nicht nur Hochqualifizierte zu nehmen. Aufenthaltsdauer zunächst zu begrenzen ist sinnvoll, um Braindrain zu verhindern.	Warnung vor Brain-drain. Nicht hochqualifizierte Arbeitskräfte abwerben.	Warnung vor Brain-drain. Migrations- und Entwicklungspolitik muss sinnvoll verknüpft werden.